

## Zur geplanten Agrargasanlage in Hadamar

Agrargasanlagen gelten neben Windkraft und Photovoltaik als dritte Säule der regenerativen Stromproduktion. Gegen eine hofnahe Biogasanlage ist nichts einzuwenden, solange sie mit Gülle und pflanzlichen Abfallstoffen eines landwirtschaftlichen Betriebes gespeist wird. Das EEG (Erneuerbare Energiengesetz) fördert durch fehlende Ökologische Rahmenbedingungen allerdings einseitig den Anbau großflächiger Maiskulturen.

Die hohen Förderungen durch das EEG, als Subventionen vom Steuerzahler finanziert, ruft nun immer mehr große Investorengruppen auf den Plan, die immer größere Anlagen auf `die grüne Wiese´ stellen und mit Pflanzen bestücken, die eigentlich der Nahrungsmittelproduktion dienen sollten.

Lebensmittelpreise steigen, immer mehr Menschen auf der Welt leiden Hunger, bis 2050 werden Lebensmittel weltweit knapp, und dennoch werden unverdrossen Flächen für den Anbau von Energiepflanzen umgewandelt und den Agrargasanlagen- Betreibern dafür von der Politik auf 20 Jahre feste Subventionen garantiert. Davon können Landwirte auf andere Erzeugnisse nur träumen! Die durch die Politik forcierte einseitige Förderung des Substrateinsatzes aus nachwachsenden Rohstoffen (NawaRo) hat dazu geführt, dass sich z. B. die Bestückung der Anlagen mit Abfällen aus der Nahrungsmittelproduktion (z. B. Kartoffelschalen) nicht lohnen, da diese nicht als NawaRo gelten.

Laut der Betreibergesellschaft JUWI GmbH, die, nach eigenen Angaben, die geplante Großanlage zur Methangaserzeugung (1,5 MW elektrische Leistung, Fläche der Anlage 25- 30 Meter breit und 100- 110 Meter lang) in Hadamar/ Industriegebiet Nord plant, finanziert und baut (und anschließend an Investoren veräußert/ eine Bürgerbeteiligung ist nicht geplant), sollen in der Anlage rund 30. 000 Tonnen Biomasse im Jahr vergärt werden, davon entfallen ca. 16. 000 Tonnen auf Mais, ca. 7.000 Tonnen auf Gras, ca. 9.000 Tonnen auf Roggen, Weizen oder Ganzpflanzensilage und ca. 5.000 Tonnen auf Gülle. Dafür werden, laut Aussage von JUWI, 600 Hektar Ackerfläche benötigt, 350 Hektar davon allein als Maisanbaufläche.

Am Informationsabend für die Landwirte, an dem Vertreter des NABU Hadamar und des NABU Hundsangen anwesend waren, wurde hervorgehoben, dass die z. Zt. gesetzlich erlaubten 60 % Maiseintrag voll ausgenutzt werden sollen. Grund ist, dass Mais bei der Gärung mit Abstand das meiste Gas freisetzt, was dem Betreiber wiederum die höchste Einspeisevergütung einbringt. Zum Vergleich: Der Anlagenbetreiber zahlt dem Landwirt zwischen 26 und 33 Euro für die Tonne Mais, jedoch nur 3,50 Euro für die Tonne Gülle.

Angebaut wird demnach, was am effizientesten ist und damit am meisten Geld einbringt. Aspekte wie Wirkungsgrad im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien, Gesamtökobilanz und Naturschutz wurden bei oben genannten Informationsabend nicht beleuchtet.

Das in einem Leserbrief geäußerte Ziel, die Anlage mit anderen Rest- und Abfallstoffen zu betreiben, sobald dies möglich ist, wird in einem Papier des `Fachverband Biogas e.V.` entkräftet. Dort steht zu lesen, dass `Große, außerhalb der Landwirtschaft anfallende Reststoffmengen, die heute ungenutzt bleiben, nicht zur Verfügung stehen´, sprich, auf in Frage kommende Ressourcen greifen bereits andere Industriezweige zu. Ebenso steht da zu lesen, dass frühere reine Abfallanlagen, aufgrund der hohen Subventionen für Energiepflanzen, ebenfalls auf NawaRo umgestellt haben.

Es ist also nicht zu erwarten, dass die in Hadamar geplante Großanlage in absehbarer Zeit mit anderen Stoffen beliefert wird als mit dafür eigens angebauten Pflanzen, darunter zum überwiegenden Teil Energiemais.

Laut einem Bericht des Naturschutzbundes Deutschland e.V. wurden 2005 in Deutschland 70.000 Hektar Energiemais angebaut, während es im Jahr 2011 schon fast eine Million Hektar waren! Aufgrund der knapp werdenden Flächen wird Mais in der Zwischenzeit selbst in Trinkwasserschutzgebieten ausgesät.

Es handelt sich hier um eine tickende Zeitbombe, denn Maisanbau bedarf starker Düngung und hohen Pestizideinsatzes, die Stickstoffüberschüsse der Düngung landen in Trinkwasser und Flüssen und werden dort zu giftigem Nitrat umgesetzt. Auch hier zahlt der Steuerzahler wieder Milliarden - und zwar für sauberes Trinkwasser.

Es wird auch im Falle der geplanten Hadamarer Agrargasanlage darauf zu achten sein, wie unter diesen Umständen die `Europäische Wasserschutzrichtlinie´ vor Ort eingehalten werden soll und ob die, u. U. mit Schwermetallen belasteten, Industrieabwässer der Anlage in die öffentliche Kanalisation geleitet werden sollen.

Ein weiterer, wenig berücksichtigter Aspekt ist, dass flächendeckende Mais- Monokulturen unweigerlich Schädlinge, wie z. B. den Maiswurzelbohrer, nach sich ziehen. Dies führt zu höherer Pestizidausbringung und öffnet langfristig Tür und Tor für Genmanipulierte Maissorten wie MON810 von Monsanto.

Die Gärreste der geplanten Hadamarer Anlage müssen vom Landwirt wieder zurück genommen werden, was bedeutet, dass jede LKW- Ladung zweimal hin- und her gefahren wird. Das Gärsubstrat verliert bei der Vergasung nur etwa 10 % seiner Masse, so werden rund 90 % der Ausgangsmasse als Düngung wieder auf die Felder aufgebracht. Aufgrund des Gehaltes an Stickstoff benötigt man 1,3 Hektar Fläche für die Ausbringung des Gärsubstrates, welches 1 Hektar Silomais abwirft.

Eine in Deutschland wenig berücksichtigte Tatsache ist, dass Gärreste häufig stark mit Keimen belastet sind, was mit der Temperatur in den Silos zusammen hängt. In Österreich wurden deshalb bereits strenge Gesetze für die Nutzung von Gärresten als Düngemittel erlassen, sie müssen zudem regelmäßig auf Krankheitserreger, darunter EHEC, untersucht werden. In Deutschland ist nichts derartiges geplant.

Laut JUWI sieht das Verkehrskonzept 3 Ernteperioden vor, Gülle wird jedoch ganzjährig (ausser während der normalen Winterpause) gefahren. Angegeben wurden 390 Fahrten an 6 Tagen in der Woche, wobei nicht klar definiert wurde, ob damit nur die Anlieferfahrten gemeint sind oder auch die Abholung der Gülle. Die Entfernung der Anbauflächen sollen in einem Umkreis von 15 KM um Hadamar herum liegen, ein Muss ist das allerdings nicht. Geht man von weiteren geplanten Anlagen in der Umgebung aus, so ist abzusehen, dass sich dieser Radius aufgrund des Konkurrenzdruckes nicht einhalten lässt.

Zu CO<sub>2</sub> - Ausstoß bei An- und Ablieferung und der Produktion von Düngemitteln und Pestiziden, dem verbrauchtem Treibstoff bei der Ackerbewirtschaftung, Abgas- und Lärmbelastung und Abnutzung der Strassen (finanziert durch Steuergelder) gibt es keine Berechnungen, diese fließen nicht in eine Gesamtbilanz ein. Ebenso wenig werden die zu erwartenden Geruchsbelästigungen thematisiert, die von den Gärresten ausgehen.

Die von JUWI geplante Anlage wird das Landschaftsbild in der Region nachhaltig verändern, wie im Norden und Osten von Deutschland wird auch hier der Mais zunehmend die Landschaft dominieren. Die Biodiversität unserer Kulturlandschaft wird noch weiter abnehmen, Insekten, Vögel und Kleinsäuger haben keinen Platz mehr auf den modernen Agrarproduktionsflächen, in manchen Gegenden von Deutschland gibt es auf den Feldern noch nicht einmal mehr Regenwürmer. Die Bodenerosion wird zu-, die Bodenqualität wird abnehmen. Guter Ackerboden und ein hoher Humusanteil sind aber keine unendlichen Güter! Wir alle und auch die nachfolgenden Generationen müssen von unserem Boden leben!

Biogasanlagen solcher Größe greifen unmittelbar in die Landschaft und die Landwirtschaft vor Ort ein. Durch den zunehmenden Anbau von Energiepflanzen ist zu beobachten, dass artenreiches Grünland entweder immer früher und häufiger gemäht wird, was zu artenarmen Graswüsten führt oder gleich zu Ackerfläche für den Maisanbau umgewandelt wird. Brachen gehen verloren und Fruchtfolgen werden durch Monokulturen ersetzt. Die langfristigen Folgen für das Klima sind nicht abzuschätzen. Zum Vergleich: Aus dem Boden eines Maisfeldes entweicht 20 mal mehr klimaschädliches CO<sub>2</sub> als aus Grünland, d.h. ein Maisfeld emittiert in einem Jahr, was Grünland in 20 Jahren emittiert.

Hinzu kommt, dass durch eine fehlgeleitete Agrarpolitik Massentierhaltung in großen Tierfabriken (vom Steuerzahler) quersubventioniert wird. Pachtland verteuert sich sprunghaft, kleinere landwirtschaftliche Betriebe können bei dem Wettbewerb um die letzten Ackerflächen nicht mithalten, Nutztierhaltung im bäuerlichen Sinn lohnt sich nicht mehr.

In Megaställen, meist im Norden der Republik, werden Nutztiere zu Hunderttausenden zusammengepfercht und in Rekordzeit mit Sojakrafftutter gemästet, was überwiegend aus Südamerika importiert wird. Dort wird großflächig der Regenwald abgeholzt, um meist genmanipulierten Billig- Soja anzubauen. Die mit solchem Futter gemästeten Tiere landen hier wiederum auf den Tellern und deren Gülle auf unseren Feldern.

Zählt man all diese Aspekte zusammen, so haben manche Agrargasanlagen eine schlechtere Gesamt- Ökobilanz als ein Kohlekraftwerk und der Ansatz der `sauberen Energiegewinnung´ wird ad absurdum geführt. Oberflächlich besehen beschönigt der deutsche Agrargasboom zwar unsere heimische CO<sub>2</sub>- Bilanz, setzt aber in den Futterproduktionsländern riesige Mengen an klimaschädlichen Gasen frei.

Agrargasanlagen solcher Größe sind nicht nachhaltig, der Wirkungsgrad selbst moderner Anlagen liegt bei lediglich 0,5 %! Solarpaneele haben einen 50 mal höheren Wirkungsgrad, d.h. ein Hektar Photovoltaikanlage (die nur einmal hergestellt und montiert werden muss) ersetzt 50 Hektar Maisfläche (die ständiger Bewirtschaftung bedarf). Ein einziges modernes Windrad, welches an einem windintensiven und naturverträglichen Standort aufgestellt ist, kann mehr Energie liefern als eine Anlage in der Größe der geplanten.

Unsere Gemeindevertreter sind bei diesem Thema seltsam still, es scheint fast, als solle keine Diskussion in der Bevölkerung angestoßen werden, wie es in zahlreichen Gegenden im Norden und Osten Deutschlands gang und gebe ist und wo der Widerstand wächst.

Vor dem Hintergrund, dass die Gemeinden angehalten sind, den Anteil an Erneuerbaren Energien schnellstmöglich zu erhöhen, scheint eine Agrargasanlage bei oberflächlicher Betrachtung eine gute Wahl zu sein.

Das Argument, dass sich deren Bau auch positiv auf Arbeitsplätze und die regionale Wertschöpfung auswirke, wird schnell genannt und gerne angeführt.

Doch wem nützt die geplante Anlage wirklich?

Sicherlich der Investorengruppe, dem letztendlichen Betreiber (der von JUWI am Informationsabend nicht genannt wurde), einigen wenigen Landwirten, einigen Fuhrunternehmern und Anlagenbauern. Es gibt durchschnittlich 3 direkt geschaffene Arbeitsplätze pro deutscher Agrargasanlage. Zulieferer von Dünge- und Pflanzenschutzmittel und Saatgut sind überwiegend sog. `Global Player´, die nicht zur regionalen Wertschöpfung beitragen.

Gewerbesteuer erhält die Gemeinde erst nach Abschreibung der Anlage (u.U. 10- 12 Jahre) und dann auch nur, wenn Gewinn erwirtschaftet wird. Zudem ist für die Berechnung der Gewerbesteuer u. a. auch ausschlaggebend, wo die Geschäftsführung ihren Sitz hat.

Und wer verliert?

Neben dem Verlust an Biodiversität bei Flora und Fauna verliert der Boden an Qualität, Bodenerosion wird durch Maisanbau nachweislich gefördert. Gewässer und Grundwasser weisen eine höhere Belastung mit Nitraten auf. Tourismuszahlen können in einer `vermaisten´ Landschaft zurückgehen, Verkehrswerte von Immobilien aufgrund von Geruchs- und Verkehrsbelastung und Verringerung der Lebensqualität abnehmen.

Die geplante Anlage nördlich von Hadamar würde verkehrsgünstig an der B54 liegen, doch um auf diese Strasse zu gelangen, muss der Schwerlast- Verkehr zunächst durch zahlreiche Gemeinden fließen. Dort wird die Belastung von Anwohnern und Strassenbelag zunehmen.

Der Erfahrung aus anderen Landesteilen nach zu urteilen, wird die Biogasanlage den Wettbewerb um Ackerflächen anheizen und die Preise, z. B. auch für Heu und Einstreu, in die Höhe treiben. Diesen Anstieg werden vor allen Dingen Milchviehbetriebe und Pferdehalter rund um Hadamar zu spüren bekommen.

Laut Aussage von JUWI muss der Liefervertrag an den Nachpächter des Ackerlandes übergehen, wenn ein Pachtvertrag ausläuft. Die Länge der Verträge liegen zwischen 10 und 15 Jahren, mit 3 jähriger Preisbindung. Bei alledem liegt das volle Risiko für die Ernte bei den Landwirten.

Der Bericht wurde erstellt u.a. für die NABU-Gruppe Hadamar von

**NABU-Mitglied Susanne Piwecki** [susanne.piwecki@kunstundkulturwerkstatt.de](mailto:susanne.piwecki@kunstundkulturwerkstatt.de)